

30.09.2016

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

eine ereignisreiche und arbeitsintensive Woche, die vor allem im Zeichen der Haushaltsberatungen stand, geht zu Ende.

Am Donnerstag haben wir den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für das Haushaltsjahr 2017 im Haushaltsausschuss beraten, für den ich als Berichterstatter für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verantwortlich bin.

Insgesamt steht Deutschland, vor allem im Vergleich mit anderen europäischen Staaten wie zum Beispiel Frankreich oder Italien, hervorragend da. Die wirtschaftliche Lage und die politischen Rahmenbedingungen sind sehr gut. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 2005 und schreiben im vierten Jahr in Folge eine schwarze Null und müssen keine neuen Schulden aufnehmen. Dass haben wir vor allem unserem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu verdanken.

Für den Etat des Bundeswirtschaftsministeriums beraten wir insgesamt über 7,5 Milliarden Euro. Ein besonders großer Bereich ist die Luft- und Raumfahrt, die wir mit rund 1,6 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt fördern. Der weitaus größte Teil davon geht an die ESA und dient der Finanzierung der Internationalen Raumstation (ISS). Die ISS ist nicht nur ein besonders gutes Beispiel internationaler Zusammenarbeit, sondern auch besonders wichtig für die Forschung. 2018 wird sogar der deutsche Astronaut Alexander Gerst als Kommandant auf die ISS zurückkehren.

Darüber hinaus dürfen wir aber auch die maritimen Technologien nicht vergessen. Als Niedersachsen liegt mir diese Branche natürlich besonders am Herzen. Viele hochqualifizierte Arbeitnehmer, auch bei uns in der Region, sind im Schiffbau beschäftigt. Nicht nur im Bereich von Kreuzfahrtschiffen, sondern auch bei kleineren Spezialschiffen ist Deutschland weltweit eines der führenden Standorte. Diese Position gilt es zu halten und auszubauen.

Besonders wichtig ist mir aber vor allem auch die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die die

wichtigste Säule der deutschen Wirtschaft sind. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) haben wir ein besonders wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung, von dem vor allem Mittelständler profitieren. Hier werde ich mich auch weiterhin für eine Aufstockung der Mittel einsetzen.



Zur Mittelstandsförderung gehört auch der Bereich Auslandshandelskammern und Auslandsmessen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen haben oftmals nicht die Kapazitäten eine Auslandsmesse zu organisieren oder sich mit den Rahmenbedingungen im Ausland auseinanderzusetzen. Hier helfen die Auslandshandelskammern ganz intensiv. Darum setze ich mich in den aktuellen Haushaltsberatungen dafür ein, dass die Mittel für die Erschließung von Auslandsmärkten heraufgesetzt werden. Gleiches gilt für die Deutsche Zentrale für Tourismus. In diesem Bereich können wir noch viel mehr im Ausland für den Tourismusstandort Deutschland werben.

Ich freue mich sehr auf die weiteren Beratungen!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Deutsche Einheit ist und bleibt Erfolgsgeschichte

Die Deutsche Einheit ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Seit 26 Jahren leben wir alle in einem geeinten Land – in Freiheit, in Demokratie, in einem sozialen Rechtsstaat und in Frieden mit allen unseren Nachbarn. Die Entwicklung der fünf ostdeutschen Länder und des östlichen Teils Berlins ist seit 1990 durch einen Trend zu stärkerer Wirtschaftsleistung und wachsenden verfügbaren Einkommen geprägt. Wir vergessen nicht, von welchem Stand diese Entwicklung ausging – 1991 lag das Bruttoinlandsprodukt der neuen Länder auf 43 Prozent des Vergleichswertes der alten Länder. Heute ist diese Lücke zwar noch nicht geschlossen, aber deutlich verringert worden.

CDU und CSU stehen wie keine andere

politische Kraft für die Deutsche Einheit. Zusammen mit Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit, haben wir als Union die politische Einheit unseres Landes gewollt und den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einigungsprozess erfolgreich gestaltet. Wer heute zwischen Ostsee und Thüringer Wald, zwischen Harz und Oder unterwegs ist, wird feststellen, dass seit der Wiedervereinigung sehr viel erreicht worden ist – von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Wir wissen, dass der Angleichungsprozess zwischen Ost und West noch nicht völlig abgeschlossen ist. Dies muss auch bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt werden.

Baugenehmigungen

Die Zahl der zum Bau neu genehmigten Wohnungen in Deutschland ist von Januar bis Juli 2016 so stark angestiegen wie seit 16 Jahren nicht mehr. Mit 213.600 Wohnungen wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres 26,1 Prozent oder rund 44.300 mehr Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Besonders stark stieg die Zahl der Neugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit mehr als zwei Wohneinheiten, hier konnte eine Zunahme von 26,7 Prozent bzw. 19.900 Wohnungen zum Vorjahreszeitraum verzeichnet werden. Auch die Genehmigung für den Bereich der Wohnheime legte mit einem Plus von 142 Prozent, was 8.100 Wohnungen mehr entsprach, deutlich zu.

Digitale Verwaltung 2020

Wir beraten über die Unterrichtung der Bundesregierung zur Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung. Das Regierungsprogramm schafft die Voraussetzung für eine bürgernahe und nutzerorientierte Weiterentwicklung der Infrastrukturen hin zu einer „Verwaltung der Zukunft“. Dabei sollen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden, um die Verwaltungsdienstleistungen in der Zukunft noch transparenter, effizienter sowie bürger- und unternehmensfreundlicher zu gestalten. Ebenso gilt es die Herausforderungen mit Blick auf die Bedienbarkeit zu berücksichtigen.

Unser Antrag unterstreicht die Bedeutung einer modernen und digitalen Verwaltung für die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Es gilt, die Potenziale der digitalen Verwaltung für Bürger und Wirtschaft zu nutzen und durch effiziente, moderne Infrastrukturen weiterzuentwickeln. Wichtige Aspekte sind hierbei auch die Vertrauenswürdigkeit der digitalen Dienste.

Digitalisierung Krankenhäuser

Lediglich 5 Prozent der Krankenhäuser haben sich noch nicht mit dem Thema Digitalisierung befasst. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage unter 380 Führungskräften an deutschen Krankenhäusern. Zwar besitzen erst 26 Prozent der Krankenhäuser eine unternehmensübergreifende digitale Strategie, der Anteil der Kliniken mit digitalen Einzelprojekten, die im Alltag bereits funktionieren, ist aber binnen einem Jahres von 46 auf 56 Prozent gestiegen. Aus Sicht der befragten Klinik-Manager eignet sich neben der Verwaltung (84 Prozent Zustimmung) vor allem die Diagnostik (75 Prozent) für Digitalisierung und Automatisierung. An dritter Stelle sehen die Krankenhaus-Führungskräfte die stationäre Versorgung (57 Prozent).

Kommunalinvestitionen

Mit diesem Gesetz unterstützen wir die Investitionstätigkeit von finanzschwachen Kommunen in Zeiten großer Herausforderungen. Dazu beschließen wir in zweiter und dritter Lesung die Verlängerung des Förderprogramms für besonders bedeutsame Investitionen in finanzschwachen Kommunen bis Ende 2020, da noch viele Mittel gar nicht gebunden sind. Wir ermöglichen es den Kommunen damit, die vom Bund gewährten Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zwei Jahre länger abzurufen und tragen dazu bei, die aktuellen Herausforderungen bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen zu meistern. Darüber hinaus nehmen wir mit dem Gesetz Änderungen am Gemeindefinanzreformgesetz vor.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer